

Erich Pilz

„Die zweite Befreiung“

Ursachen, Wege und Folgen von „Reform und Öffnung“ in der Volksrepublik China seit 1978

Dreißig Jahre lang wurde in China „Befreiung“ als eine Art Synonym für die Volksrepublik (VR) verwendet: Die Menschen hatten – so hieß es – vor der Befreiung gelitten und nach der Befreiung aufgetaucht; das Land befand sich vor der Befreiung in halbkolonialer Abhängigkeit, seit der Befreiung ist es autonom, stolz und unabhängig; die arbeitenden Massen waren vor der Befreiung ausgebeutet und unterdrückt, mit der Befreiung hatten sie sich erhoben; Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur waren 1949 befreit worden aus den Fesseln des Kapitalismus, herrschender Klassen und falscher Ideologien sowie hegemonialer Kulturen; aus dem Unterdrückungsinstrument der Armeen war die Volksbefreiungsarmee geworden; der Sieg der KPCH schien mit dem Wort „Befreiung“ am angemessensten erfaßt.

Begriffe wie der sogenannte weltweite „Sieg des Kapitalismus“ bzw. etwas nachdenklicher formuliert die „Alternativlosigkeit der Marktwirtschaft“ beschreiben inzwischen den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in einem Großteil des sogenannten sozialistischen Lagers, in China hingegen spricht die Kommunistische Partei (KPCH) – immer noch an der Macht – von einer „Zweiten Befreiung“. Damit wird einerseits eine Zäsur von enormer Bedeutung ausgedrückt: Der Wille und die Notwendigkeit zu einem radikalen Neubeginn in der Ära Deng Xiaoping seit Ende der 70er Jahre, durch Reform nach innen und Öffnung nach außen. Andererseits drückt dieser Begriff aber auch die Kontinuität aus: Dieselbe Partei, für welche „die Befreiung“ in so hohem Maße identitätsstiftend war, strebt mit der „zweiten Befreiung“ nach einer neuen Identität und Legitimation.

Diese zweite Befreiung ist allerdings nicht nur ein Werk der Partei, sondern in sehr hohem Maß ein eigendynamischer Prozeß, eine „Reform von unten“. Ich möchte daher im folgenden zunächst wichtige interne Dynamiken des chinesischen Transformationsprozesses analysieren: den Wandel der Eigentumsverhältnisse sowie die zeitliche Segmentierung des Reformprozesses. Diese Analyse führt zu dem Schluß, daß das Zusammenspiel von Parteistrategie und Eigendynamik der Reform wichtige Voraussetzungen für den bisherigen Erfolg des Transformationsprozesses geschaffen hat: graduelles Vorgehen, Vermeidung von Reformfällen, Teilerfolge, welche Fehlentwicklungen auffangen konnten, ein Prozeß unter stabilen Verhältnissen.

Im zweiten und dritten Teil frage ich nach den Formen und Auswirkungen der Integration in den Weltmarkt. Diese Frage nach den externen Faktoren im

Heart of Darkness

The heart of darkness awaits. It's the unknown place that exists in the wilderness, among the people, inside your mind. As a researcher, you've chosen to venture into this shadowy world to extract its truths. How deep are you willing to go?

The expedition is difficult. You need the best tools.

Sociological Abstracts (SA) and Social Planning/Policy & Development Abstracts (SOPODA) outfit you for this important journey.

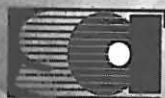
Drawing from more than 2,400 journals published in 35 countries, SA and SOPODA present abstracts of articles, books and conference papers. Bibliographic entries will guide you to relevant dissertations and important book and other media reviews. All are expertly classified and indexed for easy access.

SA and SOPODA are available in a variety of media: print, online, the sociofile CD-ROM, and magnetic tape.

Explore the unknown with confidence by using the most timely information directly related to your areas of interest and expertise.

SAI's Web site, located at www.socabs.org, contains searchable subsets, hot topics, the *Note Us* newsletter, and links to other relevant sites and resources.

For more information about our products and services, visit our Web site, or contact us at:



sociological abstracts, inc.

P. O. Box 22206, San Diego, CA 92192-0206

619.695.8803, Fax 619.695.0416

Internet: socio@cerfnet.com

Web site <http://www.socabs.org>

SAI products are available in print; online from Knight-Ridder, BMDI, OCLC and Ovid; on CD-ROM from SilverPlatter, EBSCO, Ovid and NISC; and on magnetic tape directly from SAI. For document delivery contact SOCIOLOGY Express. Phone: 619.695.8803 Fax: 310.208.2982

Reformprozeß führt zu folgendem Schluß: Die Reformer haben die Öffnung nach außen mit Strategien umfassender Beherrschung und Kontrolle der unerwünschten Auswirkungen des ausländischen Kapitals auf Gesellschaft, Politik und Kultur argumentiert. Aber auch in diesem starken sozialistischen Staat hat die Kontrollfähigkeit im Laufe des Transformationsprozesses stark an Intensität und Effektivität eingebüßt. Der „konfuzianische Kapitalismus“, wie das Wirtschaftssystem inzwischen mitunter genannt wird, schafft auch in China Gewinner und Verlierer des Reformprozesses.

1. Interne Dynamiken des Transformationsprozesses

Die Reformen, die mit dem Namen und der Person von Deng Xiaoping verbunden sind und die seit Ende der 70er Jahre in der Volksrepublik China einen gewaltigen Wandlungsprozeß in Gang gesetzt haben, waren in wirtschaftlichen und politischen Problemen Chinas bzw. der KPCH begründet: wirtschaftliche Stagnation und weit fortgeschrittener Verlust der Unterstützung der Partei durch die Bevölkerung. Ähnliche Probleme traten in den 70er und 80er Jahren in vielen sozialistischen Ländern auf (vgl. Pei Minxin 1994, S. 13–18). Für die kommunistischen Parteien, einschließlich der KPCH, waren Reformen zu einer Überlebensfrage geworden.

Der Systemwandel verlief allerdings in der Sowjetunion, in den verschiedenen osteuropäischen Staaten und in China sehr unterschiedlich. Die Gründe dafür sind vielschichtig und können ohne Rückgriff auf die Geschichte der einzelnen Staaten und Gesellschaften sicher nicht angemessen erklärt werden. Betrachtet man einmal nur die den Reformprozeß unmittelbar auslösenden Momente, so zeigt sich, daß der Transformationsprozeß in China von Anfang an durch das Ineinandewirken einer ganzen Reihe von internen und externen Einflüssen gekennzeichnet war:

- Die Reformen wurden von der Partei unter einem großen Legitimationsdruck initiiert; sie wurden andererseits von großen Teilen der Bevölkerung mit Enthusiasmus aufgegriffen. Daraus ergab sich eine Eigendynamik, welche die Reformen weit über das beabsichtigte Tempo und die geplanten Grenzen hinaustrieb. Es sind – so ein Schlagwort – die Bauern, die China verändert haben, und nicht die Parteistrategen (Zhou 1996, Heberer 1996).
- Obwohl es innerhalb der Partei große Widerstände gab, konnte die Reformfraktion seit Ende der 70er Jahre ihre Vorstellungen immer wieder durchsetzen und so trotz mancher Rückschläge und Umwege den Reformkurs systematisch vorantreiben bzw. steuern, lenken bzw. geschehen lassen und schützen.
- Trotz einer wachsenden und an Organisationsgrad zunehmenden Protestbewegung gegen die Art der Durchführung der Reformen – sie fanden ihren Höhepunkt im Frühjahr 1989 und endeten durch eine brutale militärische Niederschlagung – konnte die Partei ihre Position als Organisator der Reformen

men, als Garant der Stabilität und somit als Vorbedingung für eine geregelte Fortentwicklung der Transformation bis jetzt aufrechterhalten. Die Dringlichkeit von Reformen des politischen Systems nimmt aber zu, und ein gradueller Wandlungsprozeß in den Herrschaftsformen findet bereits hinter der Fassade der starken Parteiführung statt.

- Die Öffnung nach außen, die von Anfang an einen wesentlichen Bestandteil der Reformstrategie darstellte, wurde zunächst höchst defensiv in die Wege geleitet: mit eng begrenzten Zielsetzungen (Anlockung von ausländischem Kapital und Know-how, Gewinnung internationaler Märkte), in ausgesonderten Bereichen (zunächst nur 4 kleine, als Sonderwirtschaftszonen bezeichnete Enklaven im Süden) und unter großem ideologischen Legitimationsdruck (die kapitalistischen Enklaven sollten ausschließlich der sozialistischen Wirtschaft dienen, das Übergreifen aller „negativen“ Effekte auf Gesellschaft, Kultur und Politik in China würde verhindert werden). Inzwischen hat diese Öffnung nach außen aber die Integration Chinas in globale wirtschaftliche, monetäre, politische und kulturelle Zusammenhänge weit vorangetrieben und stellt eine der wichtigsten Triebkräfte für die Fortführung der Reformen – auch der politischen Reformen – dar.
- Trotz der Gewalt dieses Transformationsprozesses ist er generell gekennzeichnet durch ein graduelles Vorgehen, eine trial and error Methode, „gleichsam nach den Steinen tastend den Fluß überqueren“ (Cai 1993, S. 17), durch die Vermeidung von „Reformfallen“, von zeitlicher und räumlicher Gleichzeitigkeit der problematischen Reformfolgen.

1.1 Der Wandel der Eigentumsverhältnisse: Schwächung der Parteiherrschaft und neue Legitimation für die Partei

Eine der Hauptstützen des politischen Systems in kommunistischen Staaten ist die Kommandowirtschaft. Sie vereint das gesamte gesellschaftliche Vermögen in der Hand der Partei und macht diese dadurch zum einzigen Verteiler von Vermögenswerten an die Bevölkerung wie auch an die Parteikader. Dies bedingt beinahe vollständige Abhängigkeit.

Der Reformprozeß der letzten Jahrzehnte ist in China wie in den anderen kommunistischen Staaten grundsätzlich als ein Aufweichen dieser Kommandowirtschaft zu verstehen, also als eine Reform der Eigentumsverhältnisse. Dies führte zu einem Wandel in der Herrschaftsstruktur, zu einer Schwächung der Parteiherrschaft (Walder 1995). Sie äußert sich in vielgestaltiger Abnahme der Möglichkeit Einfluß zu nehmen, zu dirigieren, sich unentbehrlich zu machen usw.: erstens nimmt die Monopolstellung der Kader in der Erfüllung der Wünsche und Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung durch neue Einkommensmöglichkeiten, neue „Verteiler“ in Form privater Arbeitgeber sowie durch neue Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung durch den auf Nachfrage hin orientierten Markt ab; zweitens wird die positiv besetzte Präsenz der Partei an der Basis

geschwächt, da sie dort als Verteiler viel weniger gebraucht wird; drittens nimmt die Fähigkeit zu überwachen, zu überprüfen und zu kontrollieren ab, weil das elaborierte und lückenlose Informationssystem ja nur als Grundlage für Belohnung und Bestrafung legitimiert werden konnte; und viertens wird die interne Parteidisziplin, die auf der konkurrenzlosen Bedürfnisbefriedigung (und dadurch Überwachung) durch die jeweils höhere Ebene der Partei aufbaut, in dem Ausmaß geschwächt, als sich andere Quellen zur Bedürfnisbefriedigung auch für Parteikader eröffnen.

Verfolgt man die Entwicklung des privatwirtschaftlichen Sektors – also jenes Bereiches, in dem der Wandel der Eigentumsstruktur am offenkundigsten ist – in der Volksrepublik China seit 1978 (vgl. dazu Sabin 1994, S. 959–965), so zeigt sich, daß der Parteistaat zwar nicht geradlinig, aber doch kontinuierlich die Freiräume für die Entwicklung der Privatwirtschaft erhöht hat. Die Einführung des Haushaltsverantwortungssystems, das heißt die Rückführung der kollektivierten Landwirtschaft auf eigenverantwortliche Familienbetriebe, begann im stillen: In einigen Regionen wurde die Reform zugelassen, sogar ermuntert, aber die Behörden hatten offiziell damit nichts zu tun. Als die öffentliche Debatte begann, waren die positiven Resultate bereits offensichtlich, eine Legalisierung empfahl sich (Heberer 1996; Zhou 1996).

1978 wurde auf dem 5. Nationalen Volkskongreß (NVK) das Recht auf die Individualwirtschaft (getihu) in kleinem Maßstab bestätigt. 1981 wurden Individualbetriebe (in der Landwirtschaft, in Handel, Gewerbe und Dienstleistungen) zur wesentlichen Ergänzung der kollektiven und staatlichen Wirtschaft erklärt. 1982 wurden die Rechte der Individualbetriebe in die Verfassung aufgenommen. Nach vorübergehenden Schwierigkeiten im Jahr 1983 formulierte die Partei 1984 eine eindeutige Unterstützung für die energische Entwicklung der Individualökonomie. 1988 wurden in einer Änderung der Verfassung die Privatbetriebe (siying qiye, im Gegensatz zu den Individualbetrieben: geti qiye) legitimiert: Diese Betriebe können 8 oder mehr Arbeitnehmer/innen beschäftigen. Etwas später wurden großen Privatunternehmen, eigene Lohnsysteme und selbstbestimmte Profitverteilung erlaubt.

Die Ereignisse von 1989 stellten zunächst einen größeren Rückschlag dar, aber bereits 1990 startete die Regierung wieder eine Kampagne zur Neubelebung der Privatwirtschaft, die 1992, auf der Südreise von Deng Xiaoping, einen Höhepunkt erreichte. Im Jänner 1993 wurden die verschiedenen Eigentumsformen erstmals rechtlich und ökonomisch einander gleichgesetzt. 1993 wurden 21 Privatunternehmer in die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes delegiert, ein symbolischer Akt, der die Bedeutung dieses Sektors erneut unterstrich.

Warum hat die Partei diesen Prozeß der kontinuierlichen Aufwertung des privatwirtschaftlichen Sektors und den damit einhergehenden steigenden Verlust an unmittelbarer Macht und direktem Einfluß zugelassen bzw. sogar unterstützt? Die Antwort ist eine zweifache. Erstens hat der privatwirtschaftliche Sektor beschäftigungspolitisch sowie wirtschaftspolitisch schrittweise ein Ge-

wicht erlangt, das die Partei nicht mehr vernachlässigen konnte. Westliche Berechnungen gehen davon aus, daß inzwischen über 200 Mio. Arbeitskräfte, das sind mehr als ein Drittel aller Beschäftigten, im privaten Sektor Arbeit gefunden haben (Heberer 1995, S. 28). Und bereits 1992 erwirtschaftete nach anderen Berechnungen der private Sektor knapp 60% des BSP (Pei Minxin 1994, S. 89).

Mit der Förderung bzw. mit dem Zulassen dieser Entwicklung des Privatsektors hat aber die Partei zweitens nicht nur an Macht und Einfluß verloren, sie hat zugleich eine neue Legitimität erworben. Der Parteistaat garantiert die geordnete Weiterentwicklung, er stellt das einzige Netzwerk dar, welches die Sonderinteressen kleinerer Einheiten (Städte, Provinzen, Regionen) übergreifend koordinieren kann, extreme Polarisierungen zwischen Reformgewinnern und -verlierern verhindern, die Interessensgegensätze zwischen den unterschiedlich entwickelten Regionen ausgleichen bzw. ausverhandeln helfen kann. Er stellt mit anderen Worten zur Zeit die einzige Instanz dar, welche eine Absicherung der in den Reformen errungenen materiellen, gesellschaftlichen und kulturellen Freiräume gewährleisten kann.

1.2 Segmentierung des Reformprozesses: Ursachen und Auswirkungen für den Erfolg der Privatisierung in China

„Privatisierung“ wird hier in einem weiten Sinn des Wortes gefaßt und bedeutet grundsätzlich den Prozeß des Wandels der Eigentumsstruktur, in welchem die Möglichkeit des direkten Zugriffs des Parteistaates auf Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten – bis hin zur Gestaltung eines persönlichen Freiraums des Individuums – abnimmt. Dies geschieht in Ansätzen bereits bei Dezentalisierungsmaßnahmen, wachsender Autonomie von Regionen, Zunahme von autonomen Befugnissen der Manager staatlicher Betriebe usw. (Puttermann in Walder 1996). Besonders folgenschwere Entwicklungen treten aber dort auf, wo der Zugriff des Parteistaates auf Eigentum durch Verordnungen oder Gesetze abnimmt.

In der Diskussion um den Verlauf des Transformationsprozesses in China und anderen ehemals sozialistischen Ländern werden unterschiedliche Besonderheiten des chinesischen Wandels hervorgehoben (vgl. Nee und Stark 1989, Pei Minxin 1994, Walder 1995, Walder 1996, McCormick und Unger 1996). Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß China nicht die ökonomische und politische Reform gleichzeitig durchführen mußte, bei den ökonomischen Reformen die Schocktherapie vermeiden konnte, sehr früh auf große Erfolge der Reform aufbauen konnte und grundsätzlich den graduellen und undogmatischen Weg gewählt hat.

Ich betrachte im folgenden den Aspekt der zeitlichen und räumlichen Segmentierung des chinesischen Transformationsprozesses. Der wirtschaftliche Umbau begann in der Landwirtschaft und im ländlichen Handel, Gewerbe und

Dienstleistungsbereich, setzte sich fort in der ländlichen und kleinstädtischen Industrie und ist immer noch nicht ernsthaft vorgegriffen in den Bereich der mittleren und großen Staatsbetriebe. Dieser bisher nur zögernd und experimentell-selektiv durchgeführte Reformschritt ist allerdings inzwischen zum brennendsten Problem der Reformen für die Zukunft geworden (Cai 1993, S. 17–18; RMRB 4, 8, 9/7/96).

Für diese Unterschiede in Tempo und Intensität der Privatisierung lassen sich strukturelle Gründe sowohl aus dem Bereich der Wirtschaft als auch der Politik anführen (Organisation der Produktion, Wettbewerbsstruktur, Grad der bürokratischen Vernetzung, Chancen zu ökonomischem Aufstieg und Gefahren des Verlustes der sozialen Absicherung usw.; vgl. Shirk 1989, Pei Minxin 1994, S. 99–107). Diese strukturellen Unterschiede erzwangen praktisch eine Staffelung der Reformschritte. Diese Staffelung ermöglichte die Konsolidierung zunächst in Teilbereichen, erlaubte das Sammeln von Erfahrungen, führte zu großen wirtschaftlichen Erfolgen und trug damit entscheidend zum Erhalt der Steuerungsfähigkeit der Partei bei.

Die Bauernhaushalte produzierten innerhalb kürzester Zeit nach Beginn der Reformen ein kleines Wirtschaftswunder. „Ein Ruck war durch die Dörfer gegangen, und überall hatten sich Leistungsexplosionen ereignet, die den Reformen Deng Xiaopings ‚großes Gesicht‘ gaben.“ (Weggel 1989, S. 324) Die riesige Flut an freigesetzten Arbeitskräften konnte durch die Liberalisierung im Handel, im Dienstleistungsbereich und im Gewerbe sowie in der privat oder kollektiv organisierten industriellen Produktion vor allem in den Dörfern, Kleinstädten und mittelgroßen Städten, aber natürlich auch in den Großstädten aufgefangen werden (Schädler und Schucher 1995, S. 158; Sabin 1994, S. 966–968). Man schätzt die mobile Bevölkerung, also die Wanderarbeiter/innen zwar auf 100 bis 150 Mio., aber durch den Bauboom und andere Beschäftigung schaffende Umbrüche im großstädtischen Bereich finden auch sie in so hohem Maße Arbeit und Lebensunterhalt, daß sie bislang kein beängstigendes soziales Problem darstellen.

Die neuentstandenen Formen der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Dörfern und Kleinstädten sind von ungeahnter Vielfalt (Croll 1994). Ähnlich vielgestaltig ist seit den Reformen das Leben in den großen Städten. Insgesamt ist der Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung so deutlich gestiegen (Heberer 1996, S. 19; Heilmann 1996, S. 110), sind die Freiräume innerhalb der chinesischen Gesellschaft durch die Reformen so erheblich ausgeweitet worden (Goodman und Hooper 1994) und haben sich die Chancen für soziale Mobilität nach oben für einen Teil der Bevölkerung so deutlich erhöht, daß die negativen Folgen des Transformationsprozesses bisher nur sporadisch und lokal begrenzt zu gewalttätigen Unruhen geführt haben. Solange der Wirtschaftsboom anhält, wird das wohl auch so bleiben. Ein ungeahntes Ausmaß an Korruption (Jiang Liu 1996, S. 97–111; Weng Jieming 1995, S. 54–69), die drastisch wachsende Schere zwischen arm und reich und die Zunahme einer der Sklaverei nicht unähnlichen Ausbeutung weisen aber darauf hin, daß jenes Ausmaß an neuer Legitimation für die Partei, welches für eine kontrollierte Fortführung der noch

ausständigen und besonders schwierigen Reformen notwendig ist, weiterhin gefährdet bleibt.

2. Die Öffnung nach außen in konzentrischen Kreisen

Räumlich betrachtet erfolgte die Integration in die Weltwirtschaft seit Beginn der Reformen in konzentrischen Kreisen:

- Sukzessive Öffnung von Räumen innerhalb der Grenzen der Volksrepublik: Sonderwirtschaftszonen, offene (Küsten-)Städte, offene Wirtschaftszonen, offene Großregionen;
- Öffnung des großchinesischen Wirtschaftsraums („Greater China“): Festland, Küstenprovinzen, Taiwan, Hongkong;
- Integration in den asiatisch-pazifischen Raum und in die Weltwirtschaft.

Diese Integration in die Weltwirtschaft ist, wie die Wirtschaftsreform im Inneren, einerseits gekennzeichnet durch einen hohen Grad an schrittweisem, experimentierendem, Schockwirkungen vermeidendem Vorgehen: Die Öffnung der Volkswirtschaft wurde zunächst in örtlich und inhaltlich engstens begrenztem Rahmen und in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten versucht, um sowohl die störenden Einflüsse auf die sozialistische Wirtschaftsordnung generell zu vermeiden als auch größeren Rückschlägen vorzubeugen, sollte das Experiment scheitern (Zhong Hong und Müller 1995, S. 37). Andererseits ist sie in wesentlich höherem Maße, als dies etwa in der Reform der Landwirtschaft der Fall war, von der Zentrale aktiv geplant, gesteuert und kontrolliert worden.

Die Politik der Öffnung nach außen verfolgte mehrere strategische Ziele (vgl. Pearson 1991): privates ausländisches Kapital für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas erschließen, Zugang zu fortschrittlicher Technologie und zum Know-how im Management-Bereich schaffen, internationale Märkte öffnen sowie die Devisen für notwendige Importe (vor allem von hochwertiger Technologie) einbringen.

Der Außenwirtschaft war aber auch nach der Öffnung nur eine komplementäre Funktion zur Importsubstitution zugedacht. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre begann eine Diskussion um eine exportorientierte Entwicklungspolitik. Und seit den frühen 90er Jahren wird Importsubstitution aus der Erfahrung anderer Entwicklungsregionen als Grundlage für eine Exportorientierung gesehen und die Frage diskutiert, wann ein Land am besten auf Exportorientierung umsteigen solle. Zur Zeit werden in China jedenfalls beide Strategien gemischt durchgeführt: eine offensive Exportpolitik auf dem Weltmarkt und zugleich der Versuch, durch Handelshemmnisse den Binnenmarkt zu schützen (Zhong Hong und Müller 1995, S. 28–43). Die Außenhandelspolitik zeigt sich hier als Teil der gesamtchinesischen Zwitterstellung zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft (Bass 1996, S. 33).

Vor dem Hintergrund der maoistischen Politik des Vertrauens auf die eigene Kraft und der Abschottung der Wirtschaft gegen den zersetzenden Einfluß von

privatem ausländischen Kapital, warf die Politik der Integration in den Weltmarkt grundsätzliche Fragen auf. Wie würde man neue Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse auf betrieblicher Ebene und im internationalen Maßstab verhindern? Die Reformer in der chinesischen Regierung argumentierten in zwei Richtungen: Einerseits legten sie Strategien vor, welche die negativ beurteilten Folgen des ausländischen Kapitals auf die chinesische Wirtschaft und Gesellschaft weitestgehend verhindern würden; andererseits argumentierten sie, daß nach den Lehren des Marxismus die fortgeschrittene kapitalistische Entwicklung eine Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus darstellte. Damit waren auch gewisse Nachteile des kapitalistischen Systems nicht auszuschließen, sondern als Übergang zum Sozialismus in Kauf zu nehmen (vgl. Pearson 1991, S. 37–65).

Wie gut waren die Voraussetzungen Chinas, nach dem Eintritt in die Weltwirtschaft die Kontrolle über das ausländische Kapital und die eigene Entwicklungsplanung zu behalten? Und wie weit konnte die Kontrolle im Laufe des Öffnungsprozesses tatsächlich aufrechterhalten werden (vgl. dazu vor allem Pearson 1991)?

Zu den Stärken der chinesischen Verhandlungsposition gegenüber ausländischen Investoren zählten vor allem drei Dinge: Nur die Interessen des Partei Staates zählten, und diese waren in jedem einzelnen Betrieb und Standort, für welchen ausländische Investitionen verhandelt wurden, prominent vertreten. Es gab in China – im Gegensatz zu allen nicht-kommunistischen Entwicklungsländern – keine Personen oder Gruppen, deren Interessen mit denen der ausländischen Investoren in Einklang standen, welche daher versuchen würden, im Sinne der Interessen der Investoren zu agieren: Lange schon war Privatwirtschaft abgeschafft, und die kapitalistische Klasse existierte nicht mehr. Zweitens konnte China von den Erfahrungen der Entwicklungsländer mit privatem ausländischem Kapital lernen, und drittens würde die Verlockung eines riesigen Marktes potentielle Investoren auch kompromißbereit machen, vor allem bei voller Ausnutzung der internationalen Konkurrenz.

Demgegenüber standen aber auch erhebliche Schwächen der chinesischen Verhandlungsposition: China hatte – im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern – noch keine besonders gut ausgebildete Arbeiterschaft, und die Manager hatten keine Erfahrung in der schnellen Anpassung an die Erfordernisse des internationalen Marktes. Den niedrigen Löhnen standen niedrige Produktivität und Produktqualität gegenüber. Die Infrastruktur (Energie, Transport, Dienstleistungen, Konsumgüter, Wohnungsmarkt) war ungenügend entwickelt. Die Verhandlungserfahrungen der Multis waren groß, die Chinas sehr gering. Dazu wollte China bestimmte diplomatische Beziehungen aufbauen und war daher von seiten der Regierungen erpreßbar. Die ganze Dritte Welt war auf der Suche nach Investoren und bot teilweise Bedingungen, die den Chinesen nicht akzeptabel schienen.

Darüber hinaus wurde im Laufe der 80er Jahre der Grundsatz, die Kontrolle des ausländischen Kapitals strikt durchzuhalten, aufgeweicht: Um mehr Kapital

anzulocken – die Auslandsinvestitionen waren viel langsamer angelaufen, als die Regierung antizipiert hatte –, setzte man selektiv Kontrollen aus. Die im Laufe der Reformen voranschreitende Demontage der Planwirtschaft bedeutete eine weitere Schwächung der zentralen Steuerungsfähigkeit: Lokale Interessen nahmen zu, und der Zwang des Marktes verstärkte sich. Dazu kam eine veränderte Einstellung gegenüber den Folgewirkungen des ausländischen Kapitals durch eine neue, technokratischer orientierte Elite: Sie neigte der Theorie der Unvermeidbarkeit der Integration in den Weltmarkt zu, unabhängig von den Folgen (Pearson 1991, S. 10). Diese Einstellung wurde verstärkt, als nach der Lockerung der Kontrollen keine Katastrophen hereinbrachen, die chinesische Souveränität nicht in Gefahr kam und die Wirtschaft nicht Gefahr lief, von den Ausländern dominiert zu werden. Der konservative Druck, die Kontrollen aufrechtzuerhalten, nahm im Laufe der 80er Jahre ebenfalls deutlich ab, während sich der Druck der ausländischen Investoren in Richtung einer liberaleren Handhabung der Kontrolle des ausländischen Kapitals verstärkte.

Insgesamt scheint die Entwicklung keine sehr klaren Sieger und Verlierer zu haben. Obwohl die Regierung in einer Reihe von Fragen die Kontrolle über das ausländische Kapital weiterhin ausübt, hat auch dieser starke sozialistische Staat trotz der enormen Attraktivität seines riesigen Marktes generell die Kontrollen nicht wie geplant und in seinem Sinne durchhalten können (Pearson 1991, S. 199–223).

2.1 Sonderwirtschaftszonen

Der erste konzentrische Kreis der Öffnung nach außen erfolgte durch eine sukzessive Öffnung von Räumen innerhalb der Grenzen der Volksrepublik: 1979 wurden die ersten vier Sonderwirtschaftszonen eingerichtet: Shenzhen (angrenzend an Hongkong), Shantou (nahe Shenzhen), Zhuhai (gegenüber Macao) und Xiamen (auf einer Halbinsel gegenüber von Taiwan). Es handelte sich um kleine Enklaven, in unterentwickelten Gebieten, vom Rest Chinas abgeschottet. Hier sollte der Kontakt zwischen der Außenwelt und China in einem Raum stattfinden, der die Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik des Landes nicht beeinflussen würde. Mit Steuererleichterungen und Förderprogrammen sollten hier ausländische Investoren besonders für exportorientierte Verarbeitungsbetriebe angelockt werden. Die Zonen erhielten darüber hinaus das Recht, quasi-marktwirtschaftliche Bedingungen bei der Beschäftigung von Arbeitskräften und der Landverpachtung an ausländische Investoren anzuwenden und Exporterlöse einzubehalten, um damit die Infrastruktur auszubauen.

1984 wurden diese Zonen gebietsmäßig wesentlich erweitert und darüber hinaus in einem nächsten Schritt 14 (Küsten-)Städte zu offenen Städten erklärt. Sie genossen viele Privilegien der Sonderwirtschaftszonen, es handelte sich in allen Fällen um frühere Vertragshäfen, alle hatten eine vergleichsweise gute Infrastruktur. Die Insel Hainan, die Städte Wuhan und Chongqing am Yangzi

sowie Harbin und Shenyang in der Mandschurei erhielten einen vergleichbaren Sonderstatus. Damit fand der Einsatz von Auslandskapital nunmehr in hochentwickelten Groß- und Megastädten statt.

1985 wurden das Perlfuß-Delta, das Süd-Fujian-Delta und das Yangzi-Delta (einschließlich Shanghai, Zhejiang und Jiangsu) zu offenen Wirtschaftszonen erklärt, 1988 kam die Halbinsel Shandong dazu, nach 1992 weitere Inlandsgebiete. Es gibt inzwischen 288 Sonderzonen, in denen insgesamt mehrere hundert Millionen Menschen leben (Johannsen 1995, S. 101). Eine Verlagerung des Schwerpunktes der Öffnung von der Küste und vom Süden an den Yangzi, das heißt ins Landesinnere, wird diskutiert (Cai 1993, S. 19–20).

Allein die Investitionssummen in diesen Gebieten zeigen das Ausmaß der Integration: Bis 1994 waren nach offiziellen Angaben ausländische Direktinvestitionen im Wert von knapp 100 Mrd. US\$ realisiert worden (Heilmann 1995, S. 130). Mindestens ein Viertel des chinesischen Sozialproduktes wird inzwischen im Außenwirtschaftssektor erwirtschaftet. Die Überwindung der wirtschaftlichen Strukturprobleme Chinas scheint nur mehr möglich, wenn der massive Zufluß an Kapital, Technologie und Managementwissen aus dem Ausland anhält.

2.2 Der gesamtchinesische Wirtschaftsraum

Einen zweiten konzentrischen Kreis der Öffnung stellt die Integration des großchinesischen Wirtschaftsraumes dar: Taiwan, Hongkong, die entwickelten Küstenprovinzen und das Festland insgesamt (vgl. Heilmann 1995, Schüller 1995, Zhong Hong 1996).

Die Komplementarität der wirtschaftlichen Ausstattung der einzelnen Regionen stellt den eigentlichen Motor für die Integration dieses Wirtschaftsraumes dar, die Beziehungsnetze zwischen Chinesen in allen drei Regionen fördern sie (Schüller 1995, S. 208–209, Weidenbaum und Hughes 1996). Die rasche wirtschaftliche Integration ist nicht Folge eines politischen Programms, wie etwa in der EU, im Gegenteil, sie hat sich zwischen politisch höchst unterschiedlichen bis gegensätzlichen Einheiten entwickelt und beruht fast ausschließlich auf privater wirtschaftlicher Initiative. Folgende regionale Arbeitsteilung zeichnet sich ab (Heilmann 1995, S. 117–127):

- Hongkong bleibt das regionale Dienstleistungs- und Finanzzentrum;
- Taiwan baut seine Stellung in der technologieorientierten, kapitalintensiven Produktion aus;
- das Festland bleibt unerschöpfliches Reservoir billiger Arbeitskräfte und gigantischer Markt.

Ein Scheitern der Integration des „großchinesischen Raums“ würde inzwischen für die betroffenen Regionen größte wirtschaftliche Probleme verursachen. Zwei Drittel der in China getätigten Auslandsinvestitionen kommen aus Hongkong; Hongkonger Unternehmen haben in der Provinz Guangdong mehrere Millionen

Arbeitsplätze geschaffen; 80% der Unternehmer aus Hongkong sollen Produktionsstätten in Festlandchina haben und an zwei Dritteln aller Unternehmen mit Auslandskapital beteiligt sein. Umgekehrt wird das Gesamtvermögen der chinesischen Unternehmen in Hongkong auch auf 30 Mrd. US\$ geschätzt. Der Handel Taiwans mit dem Festland betrug 1995 21 Mrd. US\$; das Festland und Hongkong zusammen sind inzwischen die wichtigsten Handelspartner Taiwans, mit einem Anteil von 20% der Gesamtexporte; Taiwanische Unternehmen haben bis 1995 25 Mrd. US\$ auf dem Festland investiert.

Die Bedeutung der Integration in den großchinesischen Wirtschaftsraum für China ist einerseits das Kapital, die Technologie und das Management-Know-how, das die Unternehmen aus Taiwan und Hongkong anbieten können, darüber hinaus verstärkt sie die Position Chinas in der Weltwirtschaft. Seit die Weltbank in einem Bericht von 1993 die drei Volkswirtschaften unter dem Begriff „Chinese Economic Area“ zusammengefaßt hat (Zhong Hong 1996, S. 127), gewinnt die Integration auch weltpolitisch an Bedeutung. Das offizielle China äußert sich aus politischen Gründen allerdings zu diesem gesamtchinesischen Wirtschaftsraum zurückhaltend bis ablehnend (Zhong Hong 1996, S. 139–143).

2.3 Integration in den Weltmarkt

Der dritte konzentrische Kreis betrifft die Integration in den asiatisch-pazifischen Raum bzw. in die Weltwirtschaft. China entwickelt sich rasch zu einer Welthandelsmacht, was nach Expertenmeinung aus der Tatsache ablesbar ist, daß es die Märkte für arbeitsintensive Produkte immer stärker beeinflusst, aber auch die für gehobene dauerhafte Produkte und Verbrauchsgüter. China befindet sich auf dem Weg zu einer Weltwirtschaftsmacht, da seine Wirtschaftsaktivitäten zunehmend auf globale Handels- und Investitionsströme sowie Weltmarktpreise Einfluß haben. Dadurch beeinflussen sie die Entscheidungen von Akteuren in anderen Wirtschaftsräumen (Bass und Wauschkuhn 1996, S. 14).

Dazu einige Zahlen und Daten: Etwa 30% der chinesischen Exporte werden in sino-ausländischen Joint Ventures oder ausländischen Tochterunternehmen hergestellt (Bass 1996, S. 38). Die Palette der exportierten Güter hat sich verbessert, das heißt der Anteil von Maschinen und Elektrogeräten/Elektronik hat sich z.B. zwischen 1990 und 1994 von knapp 9% auf 16% erhöht, die Produktpalette ist ebenfalls verbreitert worden (Bass 1996, S. 40). Fast die Hälfte des chinesischen Außenhandels wird über die USA, Europa und Japan abgewickelt.

Im internationalen Vergleich ist China mit seinem derzeitigen Exportvolumen von 85 Mrd. US\$ am 11. Platz der großen Welthandelsmächte (1992). In der letzten Dekade wuchsen die chinesischen Exporte pro Jahr um 11%, weltweit nur um 4,3%. Damit muß China im Sinne einer Momentaufnahme wie auch unter dem Blickpunkt der raschen Entwicklung als bedeutende Welthandelsmacht gelten (Bass und Wauschkuhn 1995, S. 81, Abbildung S. 93).

Was die Wettbewerbsposition betrifft, so stellt China bereits mehr als ein Fünftel der auf der Welt gehandelten Textilartikel her, und ein Siebentel der

weltweit gehandelten Radiogeräte kommt aus der VR. Die Exportstruktur ist für Entwicklungsländer untypisch stark diversifiziert. Kapital- und technologieintensive Waren werden im zukünftigen Exportmix aber eine noch größere Rolle spielen, zur Zeit stehen noch arbeitsintensive Produkte im Vordergrund. Auch die Konzentration auf die Triadeländer wird wohl einer stärkeren Diversifikation der Handelspartner weichen (vgl. Bass und Wauschkuhn 1995, S. 92–95, vor allem die Tabelle von S. 95).

Warengruppe	Jahr	EU	USA	Japan
Telekommunikation	1985	0,1	0,2	1,1
	1993	4,6	8,6	11,6
Elektromaschinen	1985	0,0	0,1	0,3
	1993	1,4	3,8	5,2
Bekleidung	1985	2,2	6,5	22,9
	1993	7,9	18,4	49,8
Schuhe	1985	1,3	1,0	8,9
	1993	8,6	40,7	36,1

Marktanteile Chinas auf verschiedenen Importmärkten von Industrieländern, in Prozent, 1985/1993.

Quelle: Bass 1996, S. 35.

China ist inzwischen auch ein wichtiger Mitspieler im internationalen Finanz- und Währungssystem (vgl. Wohlmuth 1996). Seit 1980 hat es Zugang zu den internationalen Finanzinstitutionen (WB, IWF usw.) und hat dort von Anfang an eine sehr positive Rolle gespielt, vor allem hat es die Möglichkeiten für sich sehr gut genutzt: Die Weltbank finanzierte seither viele Projekte in jenen Gebieten, in denen es kaum ausländische Direktinvestitionen gibt, sowie Infrastrukturprojekte und Armutsbekämpfung, der IWF hingegen hat für Investitionen in den entwickelteren Gebieten Chinas viele Wege geebnet.

Die Strukturreformen, welche die internationalen Organisationen im Finanz- und Währungssystem fordern, stoßen allerdings auf enorme Probleme, vor allem in der Frage der Staatsindustrie sowie im lokalen Protektionismus, der die Reformen der Zentralbank, die Zentralisierung der Staatsausgaben- und -einnahmepolitik und der Steuerung betrifft. Die Chancen Chinas als global player im internationalen Finanz- und Währungssystem hängen also einerseits von einer weiteren Liberalisierung, zugleich aber von einer deutlich verbesserten zentralen Steuerung und Koordinierung des chinesischen Finanz- und Währungssystems ab.

3. Zu den Folgen von Reform und Öffnung für den kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Wandel

Als Wirtschaftssystem, Wirtschaftsstandort und Wirtschaftsmacht hat China ohne Zweifel durch die Reformen einen gewaltigen Aufschwung erlebt, dessen Auswirkungen bereits angesprochen worden sind. Als Ergänzung des bisher

Gesagten ist anzumerken, daß die Entwicklung sehr ungleichmäßig verläuft, die Armut vor allem in jenen Gegenden, welche von der boomenden Wirtschaft abgekoppelt sind, groß bleibt. Obwohl zwischen 1978 und 1994 an die 220 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, werden bis zum Ende des Jahrtausends weitere 350 Mio. benötigt (Schädler und Schucher 1995, S. 158). Vor allem steht die Reform der Staatsbetriebe noch aus, sie ist aber für die Fortsetzung des Strukturwandels der Wirtschaft unabdingbar.

Der Wandel des Gesellschaftssystems ist im Vergleich zum maoistischen China besonders dramatisch. Einerseits sind die Freiräume für fast alle Menschen in fast allen Bereichen wesentlich ausgeweitet worden, die Gesellschaft ist unvergleichlich lebendiger und bunter, und dies alles trotz der politisch repressiven Haltung der Regierung. Die Negativbilanz ist aber ebenfalls groß. Die Bedeutung, welche dem ausländischen Kapital für die Wirtschaftsreform eingeräumt wurde, hat die Kontrolle über dieses Kapital enorm geschwächt und im Laufe der 80er Jahre dazu geführt, daß besonders in ausländisch finanzierten Betrieben frühkapitalistische Arbeitsverhältnisse geduldet werden (Solinger 1995). Da die Zielvorstellungen für die Arbeitseinheiten sich generell gewandelt haben, von Vollbeschäftigung, sozialer Fürsorge und maximalem Output zur Bevorzugung billigerer und willigerer Migranten sowie dem Abbau von Sozialleistungen zwecks Profitsteigerung, herrschen inzwischen in manchen ausländisch finanzierten Betrieben, aber nicht nur dort, sklavereihnliche Zustände: Hier wurden die Einflüsse von Gewerkschaft und Partei weitestgehend ausgeschaltet (Solinger 1995, S. 165–168).

Lokale Regierungen sind an der Ansiedlung ausländisch finanzierter Betriebe in so hohem Maß interessiert, daß sie – um sie nicht an Nachbargemeinden zu verlieren – vielfach die Augen vor diesen katastrophalen Zuständen schließen. Es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sich die chinesischen Arbeitseinheiten – private, kollektive und staatliche – aus Konkurrenzgründen diesen ungebremsen kapitalistischen Verhältnissen annähern. Gegen eine solche Entwicklung spricht zwar das neue Arbeitsgesetz der VR, welches Arbeitsvertrag, -zeit, -vergütung, -sicherheit sowie Sozialversicherung und Wohlfahrt für alle Arten von Betrieben festlegt und seit 1.1.1995 in Kraft ist (vgl. RMRB 05/07/1994, S. 2; China aktuell, Juni 1995, S. 504–510). Offen bleibt aber, wie weit der Wille und die Macht zur Umsetzung dieses Gesetzes auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene reichen.

Das politische System sollte – nach dem Willen der Partei, der seit 1989 wieder in voller Unerbittlichkeit umgesetzt wird – von den Reformen nicht beeinflusst werden. Tatsächlich hat der wirtschaftliche Wandel höchst bedeutsame Konsequenzen für das politische System (Heilmann 1995). Da die Fortführung der Wirtschaftsreformen einerseits zu einer Überlebensfrage der Partei geworden ist, andererseits die Interessen zu vieler Schichten und Bevölkerungsgruppen wie der Unternehmer, eines Großteils der Arbeitnehmer, des Konsumenten, des Parteikaders, der Armee und der Auslandsinvestoren engstens mit der Fortführung verbunden sind, scheint sie unumkehrbar und die Konsequenz

für das politische System unaufhaltsam. Der Prozeß beinhaltet die Komponenten der Regionalisierung und Lokalisierung, der Privatisierung und Individualisierung, der Herausbildung von Interessensvertretungen mit Partizipationsdrang sowie neuer sozialer und politischer Eliten mit neuen Formen politischer Einflußnahme. Der Ruf nach größeren Anstrengungen für ein funktionierendes, und das heißt zunehmend unabhängiges Rechtssystem zur Absicherung der Errungenschaften der Reform, ist bereits unüberhörbar: zunächst um das erworbene Eigentum zu schützen, in der Folge zum Schutz weiterer politischer Rechte.

Konkret manifestiert sich die Veränderung in neuen Formen des Umgangs des Parteistaates mit verschiedenen Gruppen und Interessen der Bevölkerung. Diese neuen Formen der Auseinandersetzung werden einerseits durch die Entwicklung erzwungen, andererseits ist der Parteistaat dazu in der Lage und bereit, er zeigt in diesem Sinne Erneuerungsfähigkeit. Verhandlungen mit den Regionen, in denen deren Interessen berücksichtigt werden müssen, Kompromisse als Ergebnis der Verhandlungen, politische Allianzen zwischen Gruppen mit ähnlichen Interessen sowie die Akzeptanz von Interessensvertretungen (Tausende auf nationaler Ebene, Hunderttausende auf Kreisebene) sind Beispiele für die neuen Formen der Auseinandersetzung. Entscheidend ist, daß ein funktionierendes und zunehmend unabhängiges Justiz- und Rechtssystem zu einem zentralen Kriterium einer erfolgreichen Fortführung der Reformen wird und damit zu einem Anliegen der Partei selbst.

Insgesamt geht es daher beim chinesischen Transformationsprozeß wohl um die Frage der Erneuerungsfähigkeit des politischen Systems, das heißt um die Einsicht, daß es nicht nur um Modernisierungen gehen kann, sondern um Modernität – kulturell, sozial, politisch. Die Entwicklung dorthin könnte, so die Prognosen, über eine postkommunistische, aber autoritäre Herrschaft, wie sie Taiwan oder Südkorea eben erst hinter sich gelassen haben, führen.

Abstracts

This article analyses the reform in China under the double aspect of internal dynamics and the integration into the world market. Both processes are characterized by the trial and error method, partial but substantial success of the reform, avoidance of pitfalls in the process of transformation and the interaction between party strategy and the momentum of the reform process. The continuing economic upswing helped to control the negative consequences of the reform up to now. Comprehensive control of the unwelcome – and in the meantime quite serious – consequences of foreign capital for Chinese society, politics and culture, as the reformers promised, could not even in this strong socialist state be realized. The reform of the medium and large state enterprises is yet to come.

Dieser Aufsatz untersucht die internen Dynamiken des chinesischen Reformprozesses seit 1978 sowie die Konsequenzen der Integration Chinas in den

Weltmarkt. Beide Prozesse sind gekennzeichnet durch ein graduelles Vorgehen, große Teilerfolge des Transformationsprozesses, die Vermeidung von Reformfallen sowie das Zusammenspiel von Parteistrategie und Eigendynamik der Reform. Der anhaltende Wirtschaftsboom half bisher, die negativen Auswirkungen zu beherrschen. Die von den Reformern angepeilte umfassende Kontrolle der unerwünschten – und inzwischen gravierenden – Auswirkungen des ausländischen Kapitals auf Gesellschaft, Politik und Kultur konnte auch in diesem starken sozialistischen Staat nicht durchgehalten werden. Die Reform der mittleren und großen Staatsbetriebe steht noch aus.

Literatur

- Bass, Hans-H.: Chinas Außenhandelspolitik zwischen Exportförderung und Importhemmnissen. In: Bass, Hans-H. und Karl Wohlmuth (Hrsg.): China in der Weltwirtschaft. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 271, Hamburg 1996, S. 32–53.
- Bass, Hans-H. und Markus Wauschkuhn: Chinas Außenhandel. In: Bass, Hans-H. und Margot Schüller (Hrsg.): Weltwirtschaftsmacht China. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 252, Hamburg 1995, S. 76–99.
- Bass, Hans-H. und Markus Wauschkuhn: Einführung. China in der Weltwirtschaft – neue Aspekte und Perspektiven. In: Bass und Wohlmuth: op. cit., S. 13–31.
- Cai Laixing: Mianxiang 21 shiji de Shanghai (Das Shanghai des 21. Jahrhunderts). In: Shanghai Yanjiu Luncong, 8 (1993), S. 17–27.
- Croll, Elisabeth: From Heaven to Earth. Images and Experiences of Development in China. Routledge, London u.a. 1994.
- Goodman, David S. G. und Beverly Hooper (Hrsg.): China's Quiet Revolution. New Interaction between State and Society. St. Martin's Press, New York 1994.
- Heberer, Thomas: Die stille Revolution von unten. Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Chinas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament: B 50/95, 8. Dezember 1995, S. 27–37.
- Heberer, Thomas: The Power of the Fait Accompli: The Peasantry as the Motive Force of Change in the People's Republic of China. Universität Trier, Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien, Occasional Papers Nr. 3, Trier 1996.
- Heilmann, Sebastian: Volksrepublik China, Hongkong, Taiwan: Der ‚Großchinesische Wirtschaftsraum‘ und seine politische Perspektive. In: Draguhn, Werner (Hrsg.): Politische Risiken und Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Engagements in Asien. Hamburg 1995, S. 23–41.
- Jiang Liu u.a. (Hrsg.): Shehui lanpishu: 1995–1996 nian Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der Gesellschaft: Analyse der Situation der chinesischen Gesellschaft 1995–1996 und Prognose für die Zukunft). Verlag der Akademie für Sozialwissenschaften, Beijing 1996.
- Heilmann, Sebastian: Das politische System der VR China im Wandel. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 265, Hamburg 1996.
- Johannsen, Sabine: Chinas kommerzielle Kapitalimporte. Ausländische Direktinvestitionen und Kredite. In: Bass und Schüller: op. cit., S. 100–120.
- McCormick, Barrett und Jonathan Unger (Hrsg.): China after Socialism: In the Footsteps of Eastern Europe or East Asia? M. E. Sharpe, New York 1996.
- Nee, Victor und David Stark (Hrsg.): Remaking the Economic Institutions of Socialism: China and Eastern Europe. Palo Alto 1989.

- Pearson, Margaret: Joint Ventures in the People's Republic of China. The Control of Foreign Direct Investment under Socialism. Princeton 1991.
- Pei Minxin: From Reform to Revolution: The Demise of Communism in China and the Soviet Union. Cambridge 1994.
- RMRB Renmin Ribao (Volkszeitung).
- Sabin, L.: New Bosses in the Workers' State: The Growth of Non-State Sector Employment in China. In: China Quarterly, 140 (1994), S. 944–970.
- Schädler, Monika und Günter Schucher: Soziale Konflikte einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht. Aktuelle Entwicklungen des chinesischen Arbeitsmarktes. In: Geographische Zeitschrift, 83.3/4 (1995), S. 150–167.
- Shirk, Susan: The Political Economy of Chinese Industrial Reform. In: Victor Nee und David Stark (Hrsg.): Remaking the Economic Institution of Socialism: China and Eastern Europe. Stanford 1989, S. 328–362.
- Schüller, Margot: Das Zusammenwachsen des großchinesischen Wirtschaftsraumes. In: Bass und Schüller: op. cit., S. 204–220.
- Solinger, D. J.: The Chinese Work Unit and Transient Labor in the Transition from Socialism. In: Modern China, 2 (1995), S. 155–183.
- Walder, Andrew (Hrsg.): The Waning of the Communist State. Economic Origins of Political Decline in China and Hungary. Berkeley u.a. 1995.
- Walder, Andrew (Hrsg.): China's Transitional Economy. Studies on Contemporary China. Oxford 1996.
- Weggel, Oskar: Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert. Kröner, Stuttgart 1989.
- Weidenbaum, Murray und Samuel Hughes: The Bamboo Network. How Expatriate Chinese Entrepreneurs are Creating a New Economic Superpower in Asia. Martin Keller Books, The Free Press, New York u.a. 1996.
- Weng Jieming u.a. (Hrsg.): 1995–1996 nian Zhongguo fazhan zhuangkuang yu qushi (Situation und Trends der Entwicklung Chinas 1995–1996). Verlag der Akademie der Sozialwissenschaften, Beijing 1995.
- Wohlmuth, Karl: China – ein Global Player im internationalen Währungs- und Finanzsystem? In: Bass und Wohlmuth: op. cit., S. 219–252.
- Zhong Hong: Instrumente und Perspektiven der Integration des Großchinesischen Wirtschaftsraums. In: Bass und Wohlmuth: op. cit., S. 127–148.
- Zhong Hong und Frank Müller: Strategien der chinesischen Außenwirtschaftspolitik. In: Bass und Schüller: op. cit., S. 36–57.
- Zhou, Kate Xiao: How the Farmers Changed China. Power of the People. Westview Press, Boulder/Oxford 1996.

*Erich Pilz, Institut für Sinologie der Universität Wien,
Rathausstraße 19/9, A-1010 Wien*

Journal für Entwicklungspolitik XIII/2, 1997, S. 149–168

Hans-Jürgen Burchardt

Kubas Weg ins neue Jahrtausend: Entwicklungs- oder Auslaufmodell?

1. Einleitung

Totgesagte leben länger. Die Spekulationen um einen Zusammenbruch des kubanischen Systems sind einer Ernüchterung gewichen, die sich teilweise konstruktiv umgesetzt hat: waren viele Beiträge über den Tropensozialismus früher stark tendenziös, erlaubt nicht zuletzt die Beharrlichkeit des herrschenden Systems heute eine differenziertere Auseinandersetzung. Der folgende Artikel möchte dieser Tendenz zur weiteren Kontinuität verhelfen. Im Zentrum der Analyse steht dabei die Fragestellung, warum *erstens* das sozialistische System Kubas den Fall der Berliner Mauer schon fast ein Jahrzehnt überlebt hat; und *zweitens*, ob sich anhand von zu identifizierenden Stabilitätsfaktoren ein spezifisches Potential extrapolieren läßt, das für Kuba eine weitergehende Entwicklungsperspektive bietet.

Mit dem Zerfall ihrer Handelsbeziehungen ist die kubanische Revolution in die schwerste Krise ihrer Geschichte gerutscht. Sie wird gleichzeitig mit zwei Problemen konfrontiert: mit den strukturellen Defiziten der Unterentwicklung und der sich oft als begrenzt erweisenden Anpassungsfähigkeit sozialistischer Regime. Da eine entscheidende Voraussetzung für ein Überleben des Systems in der Konsolidierung der Inselökonomie liegt, wird sich die folgende Analyse auf die wirtschaftlichen Reformen konzentrieren. Eingangs werden die zentralen Strukturelemente des Systems bestimmt und Gemeinsamkeiten zwischen dem kubanischen und sowjetischen Staatssozialismus herausgearbeitet. Darauf basiert dann die Identifizierung der spezifischen kubanischen Stabilitätsfaktoren. Anschließend wird der bisherige Reformverlauf dokumentiert und weiter analysiert, inwieweit die Stabilität des Systems dabei gefestigt bzw. erodiert wurde. Dies erlaubt zum Schluß einen Blick auf mögliche Reformszenarien und auf deren potentielle Akteure.

2. Alte und neue Zwänge: die Strukturelemente des kubanischen Umbruchs

Eine der Bedingungen, die Kubas Entwicklung bis heute nachhaltig beeinflusst, resultiert noch aus den frühen sechziger Jahren. Es handelt sich um die US-Wirtschaftsblockade – dem letzten institutionalisierten Konflikt, der den „Kalten Krieg“ überlebte. Denn trotz weltweiter Entspannung forcieren die USA ihren